

Schacht KONRAD

Abgrund der Atommüllpolitik

Wie kommt der Atommüll nach Schacht KONRAD? Statt „Just in time“ heißt die neue Zauberformel: „Eingangslager“. Der Planfeststellungsbeschluss sieht keines vor. Wenn es gebaut wird, dann nahe, doch nicht zu nahe der Schachtanlage.

Nichts funktioniert bei Schacht KONRAD. Während die Atommüllzwischenlager überquellen, ihre Genehmigungen auslaufen, oder sie nicht einmal mehr eine solche haben, treten die Schwierigkeiten mit Schacht KONRAD immer deutlicher zutage. Sei es beim Ausbau der maroden Erzgrube, Sicherheitsanforderungen, der Unterbringung von Atommüllchargen, für die KONRAD keine Genehmigung hat oder bei scheinbar gerade erst erkannten logistischen Problemen. Landespolitiker drängen darauf, ihren Atommüll in KONRAD loszuwerden und die Bundesregierung sucht nach Schlupflöchern, um den Schwierigkeiten zu entkommen. Dabei wird immer häufiger versucht, den Planfeststellungsbeschluss aufzuweichen, wie jetzt aktuell mit einem Eingangslager.

Eingangslager zu Schacht KONRAD

Am 19. Oktober 2016 verabschiedete das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zur „Neuordnung der Verantwortung der kerntechnischen Entsorgung“. Dieser Entwurf erlaubt die Errichtung eines zentralen Eingangslagers für den Atommüll, der für die Einlagerung in Schacht KONRAD bereitsteht. Da der Planfeststellungsbeschluss für KONRAD jedoch die Errichtung eines solchen Sammelagars in unmittelbarer Nähe des Einlagerungsschachtes KONRAD II ausschließt, kommt diese Option einer gesetzlichen Überregelung des Beschlusses gleich. Laut Plan ist für Schacht KONRAD nämlich eine Just-in-time-Einlagerung vorgesehen. Der Grund: Die Bevölkerung soll nicht zusätzlich mit zwischengeparkten Atommülltransporten belastet werden. Es zeigt sich jedoch, dass die Realisierung kaum lösbare logistische Probleme mit sich bringt. Da wäre so ein Eingangslager eine bequeme Lösung, sich aus der Affäre zu ziehen. Unverständlich dabei, dass die Planer diese Schwierigkeiten bisher übersehen haben.

Während so ein Eingangslager bei den Bewohnern der Region kritisch gesehen wird, lehnt Niedersachsens Umweltminister Wenzel es zwar nicht grundsätzlich ab, hat



Schacht KONRAD – das einzige genehmigte Endlager für Atommüll. Heute wäre die alte Erzgrube für diesen Zweck nicht mehr genehmigungsfähig.

Fotos (2): Stefan Vockrodt

sich allerdings für einen Standort außerhalb Niedersachsens ausgesprochen. Doch welchen Sinn macht es, solch eine Atomanlage irgendwo in Deutschland zu bauen, den Atommüll dorthin zu karren und ihn irgendwann wieder abzuholen, um ihn erneut durch das Bundesgebiet an seinen endgültigen Bestimmungsort zu transportieren und damit die Atommülltransporte zu verdoppeln? Logistisch sinnvoll wäre das nicht.

Die Last mit Just in time

Anwohner und Beschäftigte der anliegenden Industriekonzerne sind alarmiert. Zwar wiegelte das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) sofort ab: Ein solches Lager würde nicht gebraucht, hieß es in ihrer Stellungnahme dazu. An gleicher Stelle priesen sie jedoch schon einmal vorsorglich die Vorzüge einer derartigen Einrichtung an. Absurd dabei ihr Argument, dass ein solches Lager eine Entlastung für die Region wäre. Beispielsweise könnten Rückstaus an der Anlage vermieden werden. Aber gerade um das zu gewährleisten, sieht der Planfeststellungsbeschluss die Just-in-time-Regelung vor! Danach dürfte der Atommüll nur dann angefordert werden, wenn er sofort eingelagert werden kann. Diese Festlegung wurde ja gerade getroffen, um die Betroffenen vor vermeidbarer Strahlenbelastung zu schützen.

Die Errichtung eines Eingangslagers in direkter Nähe von Schacht KONRAD würde diesen Passus aushebeln. Das käme einer wesentlichen Änderung des Planfeststellungsbeschlusses gleich. Damit würde der Betreiber riskieren, dass der Genehmigungsprozess für Schacht KONRAD neu aufgerollt werden könnte, was das sichere Aus für das Atommüllprojekt KONRAD bedeutete. Und das wollen Bundesregierung und Betreiber unter allen Umständen vermeiden.

Was heißt direkte Nähe?

Was aber bedeutet in direkter Nähe zu KONRAD? Direkt auf dem Gelände der Salzgitter Flachstahl GmbH, wo der Atommüll in Schacht KONRAD II eingelagert werden soll? Oder gehört der Güterbahnhof Beddingen bei Geitelde noch dazu? Schließlich würden hier die Züge mit dem radioaktiven Transportgut ankommen. Letztendlich ist es keine Frage der Entfernung, sondern der Gefahrenabschätzung. Dieser Bahnhof, an dem täglich Waggons ankämen, um dann mit Zügen der hütteneigenen Verkehrsbetriebe (VPS – Verkehrsbetriebe Peine Salzgitter) direkt an den Schacht transportiert zu werden, gehört auf jeden Fall zum neuralgischen Bereich. Doch was, wenn die Betreiber einfach nur das Lineal anlegen, um die Meterzahl zu messen?

Die Städte Braunschweig und Salzgitter planen ein 300 Hektar großes interkommun-

nales Gewerbe- und Industriegebiet auf dem Grenzgelände des Braunschweiger Stadtbezirks Stiddien-Geitelde-Timmerlah sowie den Salzgitteraner Ortsteilen Thiede, Üfingen und Sauingen. Die Bewohner der Region haben von Anfang an befürchtet, dass sich aufgrund der Nähe zu Schacht KONRAD atom-affines Gewerbe dort ansiedeln könnte, zumal der Güterbahnhof Beddingen, an dem die Atommülltransporte ankommen sollen, direkt angrenzt. Seit die Möglichkeit eines Eingangslagers für Schacht KONRAD bekannt geworden ist, befürchten sie, dass das neue Gewerbegebiet für diese Möglichkeit genutzt werden könnte.

Einflussnahme bleibt fraglich

Die Oberbürgermeister von Braunschweig, Ulrich Markurth (SPD), und Salzgitter, Frank Klingebiel (CDU), beide Befürworter des Gewerbegebietes, sind zwar erklärte Gegner von Schacht KONRAD, die Ansiedlung einer solchen Atomanlage könnten sie jedoch kaum verhindern. Spätestens wenn ein Erstkäufer sein Grundstück veräußert, lässt sich nicht mehr gewährleisten, dass sich dort kein Atombetrieb ansiedelt. Da eine solche Anlage nur nach Strahlenschutzverordnung und nicht nach Atomgesetz genehmigt wer-

den muss, wäre nicht einmal eine Umweltverträglichkeitsprüfung und/oder eine Beteiligung der Öffentlichkeit zwingend.

Das hohe Verkehrsaufkommen (derzeit etwa 200 Zugbewegungen pro Tag am Güterbahnhof Beddingen), bedingt durch die großen Industriekonzerne, birgt schon jetzt eine große Gefahr in Bezug auf die geplanten Atommülltransporte. Das neue Gewerbegebiet würde diese Gefahr weiter erhöhen. Hier rächt sich, dass die Transporte – durch Weisung der Bundesregierung – bei der Erörterung ausgeklammert wurden. Auch hier fehlt eine aussagekräftige Gefahrenabschätzung.

Nichts ist gut bei KONRAD

Die Entscheidung für Atomenergie war auch eine Entscheidung für die sichere Behandlung des Atommülls. Hierfür müssen Müllerzeuger und Bundesregierung die Verantwortung übernehmen. Doch von Verantwortung kann bei KONRAD ebenso wenig die Rede sein, wie bei ASSE II und Morsleben. Schacht KONRAD war eine willkürliche Wahl, dem Zufall geschuldet. Wenn KONRAD kippt, stehen sie mit leeren Händen da, weil sich niemand um Alternativen gekümmert hat. Ein guter Grund, KONRAD schönzureden. Die Akteure



Blühende Felder bei Geitelde – doch die sollen einem interkommunalen Gewerbegebiet weichen, eventuell ein Standort für ein oberirdisches Eingangslager für Schacht KONRAD?

auf der Betreiberseite stehen längst vor Problemen, für die es keine Lösungen gibt. Mit der Strategie, das Nicht-Machbare machbar zu machen, bleibt das Bewusstsein für Sicherheit auf der Strecke.

Die Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V. setzt sich seit 30 Jahren dafür ein, dass das Atommüllprojekt KONRAD endlich aufgegeben wird.

Die Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD fordert einen klaren Schnitt. Einen Neuanfang, der mit einer vollständigen Bestandsaufnahme des Atommüll-Aufkommens beginnen muss. Dieser Anfang wird jedoch nicht von allein kommen, sondern es bedarf des Drucks einer Bevölkerung, die gewillt ist, ihre Sicherheitsbedürfnisse durchzusetzen.

Antonia B. Uthe

